

Lettland

Karlis Bukovskis*

Lettland führt seine politische Ausrichtung an Multilateralismus und Westbindung fort. Trotz außenpolitischer Stabilität hatte das Land eine Reihe sicherheitspolitischer Herausforderungen zu bewältigen. Angefangen mit der Politik Russlands gegenüber der EU im Allgemeinen und den baltischen Staaten im Speziellen, über die von der neuen US-Regierung ausgelösten Unsicherheiten, bis zu den politischen Volatilitäten innerhalb der EU. Insgesamt ist das Land inzwischen ein integraler Bestandteil der EU sowie der NATO.

Innenpolitik

Die bevorstehende Parlamentswahl im Oktober 2018 prägte die Innenpolitik. Gelegentliche Sympathiebekundungen von Parteien wie der Nationalen Vereinigung und dem Bündnis der Grünen und Bauern für die EU-Positionen der Visegrád-Staaten wird von der geopolitischen Realität, der proeuropäischen Gesellschaft und der Regierungsbeteiligung von Parteien, die den europäischen Föderalismus anstreben, etwa der liberal-konservativen Partei Einigkeit, kompensiert. Die Rhetorik gegen die Europäische Kommission beschränkt sich auf gelegentliche Spitzen für die heimische Bevölkerung. Die offizielle Einstellung zur EU-Politik und der Zusammenarbeit auf EU-Ebene bleibt positiv und engagiert. Der Euroskeptizismus ist in der lettischen Gesellschaft nur gering ausgeprägt.

Innenpolitisch von Bedeutung war die im Februar 2018 eingeleitete Ermittlung wegen vermuteter Bestechlichkeit gegen den langjährigen Präsidenten der lettischen Zentralbank, Ilmārs Rimšēvičs, der seit Ermittlungsbeginn aufgrund nationaler Bestimmungen von der Ausübung seiner Pflichten als Mitglied des Rats der Europäischen Zentralbank (EZB) ausgeschlossen war. Dies führte dazu, dass die EZB beim Europäischen Gerichtshof ein Gutachten über die Vereinbarkeit mit EU-Recht anforderte. Als weiteres gesetzliches Schlupfloch kam zutage, dass der einheitliche Bankenaufsichtsmechanismus lediglich die Liquidität der drittgrößten Bank Lettlands überwachte, wohingegen die Geldwäschebekämpfung nationale Angelegenheit blieb. Dadurch blieben Geldwäschegeschäfte über Jahre hinweg unbehelligt, bis das Financial Crimes Enforcement Network des US-Finanzministeriums im Februar 2018 in einem kritischen Bericht sofortiges Handeln anmahnte.

Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik

Außenpolitische Priorität war die Sicherung und Stärkung der bestehenden Beziehungen in der EU und der NATO. Dabei wurde der Partnerschaft mit Deutschland und den nordeuropäischen Staaten höchste Priorität eingeräumt. Lettische Politiker unterstützen eine Erhöhung der deutschen Verteidigungsausgaben und die deutsche Präsenz in der Region, da Bundeskanzlerin Merkel als Garantin der Stabilität in der westlichen Welt angesehen wird.

Mit der Brexit-Entscheidung sind die Beziehungen zu Großbritannien, einem sicherheitspolitisch traditionell bedeutsamen Partner mit ähnlichen Positionen bezüglich der

* Übersetzt aus dem Englischen von Jana Schubert und Jakob Speier.

Sozial- und Beschäftigungspolitik der EU, ins Straucheln geraten. Die Hauptpriorität Lettlands in den Austrittsverhandlungen, in denen Riga eine gemeinsame Position mit den restlichen 26 Mitgliedstaaten bezieht, stellt für Lettland das Schicksal der etwa 72.000 im Vereinigten Königreich lebenden und arbeitenden Letten dar.

Lettland befürwortet die Vertiefung der europäischen Integration und nötige Verbesserungen der europäischen Wirtschaftsregierung. Zugleich steht es Vorschlägen zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) verhalten gegenüber und lehnt Steuerharmonisierung und die EU-weite Angleichung der Sozialpolitik ab. Da Produktivität und Einkommensniveau des Landes deutlich unter dem EU-Durchschnitt liegen, wird die Lohnflexibilität als einer der wichtigsten Mechanismen zur Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit lettischer Güter und Dienstleistungen verstanden. Konsequenterweise stößt die Reform der EU-Entsenderichtlinie, welche als Wettbewerbsverzerrung durch die wohlhabenderen Mitgliedstaaten verstanden wird, auf wenig Unterstützung. Jegliche Vereinheitlichung der sozialen Standards und Sozialleistungssysteme würde eine finanzielle Mehrbelastung und Verschärfung struktureller Probleme, beispielsweise der Arbeitslosigkeit im Osten des Landes, bedeuten. Gleichzeitig führte Lettland im Januar 2018 erstmals die Steuerprogression ein, um die wachsende Ungleichheit zu bekämpfen. Aus den genannten Gründen unterstützt Lettland zwar die Pläne Macrons und Junckers zur Vertiefung der WWU, beobachtet die europäische Säule sozialer Rechte allerdings skeptisch.

Das nationale Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf liegt bei 65 Prozent des EU-Durchschnitts, wodurch Wettbewerbsvorteile und jede Einkommensquelle als essentiell betrachtet werden. Dies gilt auch für den mehrjährigen Finanzrahmen der EU (MFR), der 1,5 bis 2 Prozent zusätzliches jährliches Wachstum des BIP ausmacht. In den MFR-Verhandlungen strebt Lettland vor allem eine gleichberechtigte Auszahlung aus der Gemeinsamen Agrarpolitik an, von denen Lettland bislang weniger als 75 Prozent des EU-Durchschnitts erhält. Zudem setzt es sich für den Erhalt der Kohäsionspolitik, länderspezifische Zuweisungen für unvorhergesehenen Bedarf sowie andere Kofinanzierungsmöglichkeiten ein. Lettland unterstützt die Einführung eines europäischen Verteidigungsfonds und eines Eurozonenhaushalts und ist bereit, seine Beiträge zum Gemeinschaftshaushalt zu erhöhen.

Bezüglich der Rechtsstaatlichkeitsproblematik in Polen und Ungarn hat sich Lettland sehr zurückhaltend geäußert. Zum einen, da es nicht fälschlicherweise mit der Problematik in Verbindung gebracht werden möchte. Zum anderen ist Polen aufgrund der geteilten wahrgenommenen Bedrohung durch Russland ein wichtiger sicherheitspolitischer Verbündeter. Deshalb unterstützt Lettland eine gemeinsame Sicherheitspolitik mit Polen, gute Beziehungen zur aktuellen US-Regierung und den polnischen Vorschlag, die US-Militärpräsenz in Polen finanziell zu vergüten. Das von Russland und Belarus im September 2017 durchgeführte Militärmanöver „Sapad 2017“ verdeutlichte die Wichtigkeit einer anhaltenden NATO-Präsenz. Nach anfänglicher Bedenken, dass die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit die Rolle der NATO untergraben könnte, unterstützt Lettland diese nun zunehmend, insbesondere hinsichtlich der Interoperabilität von EU und NATO. Anlässlich eines gemeinsamen Staatsbesuchs mit den Präsidenten Estlands und Litauens in den USA bekräftigte US-Präsident Trump die Sicherheitsgarantien für die baltischen Staaten.

Weiterführende Literatur

- Andris Spruds/Ilvija Bruge (Hrsg.): Latvian Foreign and Security Policy Yearbook 2018, Riga 2018.
Aldis Austers/Karlis Bukovskis (Hrsg.): Euroscepticism in the Baltic States: Uncovering Issues, People and Stereotypes, Riga 2017.